

„Wir müssen weg vom ewigen Wachstum“

Die Corona-Pandemie legt wie unter einem Brennglas die Missstände einer auf billigen Konsum ausgegerichteten Wirtschaft offen. Doch kann die Krise auch Chance für einen Richtungswechsel sein?

Herr Brink, billige Kleidung, billiges Reisen, billiges Fleisch. Was war zuerst da – Henne oder Ei: Die Unternehmen, die immer günstigere Waren anbieten – oder das Verlangen der Menschen nach diesen Produkten?

Eine Frage, die einfach klingt, aber nicht einfach zu beantworten ist. Hier geht es tatsächlich um Ursache und Wirkung – und um das grundsätzliche marktwirtschaftliche Prinzip von Angebot und Nachfrage. In der Regel haben wir einen sogenannten Käufermarkt, auf dem die Konsumenten aus vielen Produkten gleicher Art auswählen können. Was dann zu welchen Konditionen gekauft wird, liegt dann definitiv in der Verantwortung des Käufers. Er entscheidet, ob er das billige oder das

Die Corona-Pandemie hat viele wirtschaftsethische Schiefen noch sichtbarer zu Tage treten lassen, Stichwort Arbeitsbedingungen in deutschen Schlachthöfen oder die Notlage unterbezahlter Näherinnen in Bangladesch. Lässt sich die Krise tatsächlich mit der Hoffnung auf ein künftig nachhaltigeres und sozialeres Wirtschaften verbinden?

Man könnte aus der Krise zumindest so viel lernen, dass man raus muss aus der reinen Wachstumsökonomie, diesem ewigen Wachstum. Einen Verstärkungseffekt zu nachhaltigerem Wirtschaften könnte man dadurch erzielen, dass man die Wachstumsspirale, von der unsere Märkte, unsere Produktionsmethoden, unsere Arbeit und selbst unser Gesundheitssystem bestimmt sind, verlässt. Dann wäre die Corona-Krise wirklich eine Zäsur. Auf der anderen Seite gibt es aber einen starken Verdrängungseffekt; dass man also während der akuten Krise das Nachhaltigkeitsthema erst mal für nicht so wichtig und es für bedeutender hält, Wachstum auf konventionellen Wegen zu generieren – durch Einkaufsgutscheine, Konsumprämien oder Subventionen, bis möglicherweise das Schlimmste überstanden ist. Auch die Wirtschaftsexperten sind sich da nicht einig: Die einen sagen, wir müssen das System erstmal schnell wieder zum Laufen bringen. Die anderen meinen, wir brauchen einfach ein anderes System. Das ist der Wettbewerb, der gerade läuft.

Wer gewinnt?

Das Zauberwort heißt im Moment Resilienz. Und nachhaltiges Wirtschaften kann die Widerstandskraft gegen Krisen sogar erhöhen. Selbst Black Rock, einer der größten Finanzinvestoren der Welt, ist in einer aktuellen Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass es mittlerweile eine positive Verbindung zwischen nachhaltiger Unternehmensführung und dem Börsenkurs gibt. Das bedeutet: Firmen, die ausbalanciert wirtschaften und auf Nachhaltigkeit achten, stehen auch auf den Kapitalmärkten besser da als jene, die das nicht tun. Auch Aktienfonds, die langfristig und nachhaltig angelegt sind, entwickeln sich im Moment besser, weil sie resilienter sind. Wenn also Nachhaltigkeit und Profit – gerade in Krisenzeiten – Hand in Hand gehen, dann wäre das eine sehr gute Botschaft, eben aus ökologischen und ökonomischen Gründen.

Da sprechen Sie von Aktienkonzernen und der Hochfinanz. Die



Schneller, möglichst günstiger Konsum: Bietet die Corona-Krise eine Chance zum Umdenken?

Foto: Tom Weller/dpa

Interview



mit Alexander Brink, Wirtschaftsethiker

teure Fleisch kauft. Anders sieht es auf sogenannten Verkäufermärkten aus. Hier übersteigt die Nachfrage das Angebot. Das bedeutet: Der Hersteller beziehungsweise Händler stünde allein in der Verantwortung, ein nachhaltiges und ethisches Produkt anzubieten.

Welches Prinzip dominiert?

Ganz klar der Käufermarkt mit seinen beiden Ausprägungen: Einerseits mit der Mehrzahl der Menschen, die zu den billigen Waren greift. Andererseits bereits zu etwa 20 Prozent mit den Konsumenten, die lieber hochwertigere und verantwortungsvoller produzierte Produkte einkaufen und nachhaltig und gesundheitsbewusst leben wollen.

Sorge wegen Exporteinbruch

München – Der Rückgang im bayerischen Außenhandel hat im April 2020 ein dramatisches Niveau erreicht. Das beklagt die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) mit Blick auf die Zahlen des Statistischen Landesamtes Bayern. So sanken die Exporte gegenüber dem Vorjahresmonat um 41 Prozent und die Importe um 32 Prozent. VBW-Hauptgeschäftsführer Bertram Brosardt sagte laut einer Mitteilung: „Wie erwartet offenbart die Corona-Krise mit dem ersten vollen Lockdown-Monat April ihre erheblichen Auswirkungen auf die bayerische Industrie und insbesondere unsere wichtige Automobilindustrie. Bei den Personenkraftwagen und Wohnmobilen gab es einen Rückgang in Höhe von 95,5 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Besonders hohe Rückgänge haben wir leider in vielen für Bayern wichtigen Exportländern zu verzeichnen.“ So fielen die Ausfuhren nach Italien um fast 49 Prozent, nach Österreich um 39,1 Prozent, in die Vereinigten Staaten um knapp 47 Prozent sowie nach China um 21,1 Prozent. „Die bayerischen Außenhandelszahlen für Mai lassen ähnlich schlechte Zahlen befürchten. Der Umfang des Konjunkturpakets der Bundesregierung ist nicht zu knapp bemessen“, so Brosardt. Jetzt gelte es, zügig und nachhaltig die Unternehmen zu stärken – zum Beispiel mit Bürokratieabbau, niedrigeren Energiepreisen, einem Belastungsmoratorium sowie Steuerentlastungen.



BMW hat sich mit dem Betriebsrat über die Modalitäten zum Abbau von 6000 Stellen geeinigt. Betriebsbedingte Kündigungen soll es nicht geben. Foto: Armin Weigel/dpa

Mit Abfindung in Frührente

München – BMW will ohne betriebsbedingte Kündigungen 6000 Stellen streichen und hat sich jetzt mit dem Betriebsrat auf ein Maßnahmenpaket geeinigt. Der Stellenabbau erfolge durch Fluktuation und mit freiwilligen Vereinbarungen, teilte der Autokonzern am Freitag mit. Die Ausbildung werde auf dem hohen Niveau des Vorjahres fortgesetzt.

„Rentennahe Altersaustritte“ könnten mit Abfindungen vorgezogen werden. 40-Stunden-Verträge würden auf 38 Stunden reduziert. Ein Teil der Mitarbeiter könne auf ein tarifliches Zusatzgeld verzichten und dafür bis zu acht zusätzliche Urlaubstage nehmen. Außerdem unterstützt BMW junge Leute unter 25 Jahren

bei externer Vollzeit-Qualifizierung, etwa einem Studium, finanziell und garantiert eine Rückkehr in ein Arbeitsverhältnis nach dem Abschluss. BMW-Personalchefin Ilka Horstmeier sprach von einem Paket, „das uns kurzfristig hilft, das Unternehmensergebnis zu verbessern, uns aber langfristig die Innovationskraft erhält“.

Unverändert werde BMW in die Ausbildung investieren und in diesem und im Folgejahr wieder 1200 Auszubildende allein in Deutschland einstellen. „Auch die Übernahme für die Auszubildenden in den Werken und der Zentrale nach Beendigung der Berufsausbildung gilt weiterhin“, sagte Horstmeier.

Der Autoabsatz ist wegen der Corona-Seuche und der Rezession eingebrochen. BMW rechnet im laufenden Quartal mit roten Zahlen. Eine Betriebsvereinbarung garantiert jedem Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz – aber nur, solange BMW einen Jahresgewinn erwirtschaftet.

Der bayerische Konzern beschäftigt derzeit weltweit etwa 126.000 Mitarbeiter. Gewöhnlich verlassen jährlich etwa 5000 den Autokonzern, die Hälfte davon geht in Rente. Eine Nachbesetzung frei werdender Stellen wird bereits in jedem Einzelfall geprüft. In der Rezession wechseln allerdings weniger Mitarbeiter zu anderen Unternehmen als in normalen Zeiten.

bringt man ja immer weniger mit dem deutschen Modell der sozialen Marktwirtschaft in Verbindung. Das trifft dann eher auf die mittelständischen Unternehmen zu.

Die soziale Marktwirtschaft ist noch immer am Leben. Und sie war noch nie so bedeutsam, wie sie es jetzt ist. Sie ist einer der Gründe, warum Deutschland bislang relativ gut und widerstandsfähig durch die Krise kommt. Covid-19 führt uns vor Augen, dass in Deutschland die Sozialpartnerschaft noch immer funktioniert. Was wir gerade bei den vielen Rettungsschirmen und Stützungsmaßnahmen beobachten, ist eine echte Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft – also gelebte soziale Marktwirtschaft.

Bundesregierung plant Lieferkettengesetz

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erarbeiten derzeit ein Lieferkettengesetz. Müller will damit nach eigener Aussage durchsetzen, das dort, „wo unsere Kleidung, unsere Schuhe, unser Kaffee produziert wird, ein anständiger, fairer, existenzsichernder Lohn

Woran machen Sie das fest?

Wir haben ein funktionierendes föderales System, wir haben Unternehmen, die viel Wert auf ihre Mitarbeiter legen, wir haben einen Staat, der die Wirtschaft unterstützt, wir haben schnell anwendbare, zwischen den Sozialpartnern bereits ausgehandelte Instrumente wie die Kurzarbeiterregelung: Das macht uns im Moment sehr schlagkräftig und zeigt, dass die soziale Marktwirtschaft das Lösungsmodell für solche Krisen ist. Das lässt sich auch an der hohen Akzeptanz in der Bevölkerung ablesen.

Sie sagen aber auch, dass zwar die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise bereits gut prognostiziert seien, die gesellschaftlichen und kulturellen Folgen hingegen noch nicht.

Im Moment haben wir in der Corona-Pandemie vor allem eine Art Live-Tracking der gesundheitlichen Aspekte. Wir kennen die Infiziertenzahlen, wir kennen den R-Faktor, wir kennen unser Ranking im Vergleich mit anderen Ländern. Und auch die ökonomischen Faktoren, wie sich die Krise auf die Wirtschaft auswirkt und wann und wie sie sich wieder erholen kann, werden analysiert. Wir sind eine hochkontrollierte Gesellschaft, die die Folgen der Krise messbar macht, und sich darauf konzentriert, was für das täglich funktionierende Wirtschaftssystem jetzt wichtig ist. Wir müssten uns aber auch fragen, was für die Kultur relevant ist: Welche Folgen hat die Krise für Bildung und Kunst? Wie sieht es aus mit den Universitäten, den Schulen, den Theatern, den Kinos, den Künstlern, der Musik? Das haben wir noch nicht prognostiziert und kennen deshalb die Effekte der Krise noch nicht. Das müssen wir stärker in den Blick nehmen.

Zurück zur Situation der Unternehmen: Viele haben derzeit kaum Luft zum Atmen, das Geschäft muss schnell wieder laufen. Macht sich da jemand wirklich ernsthaft Gedanken darüber,

wie er beispielsweise Lieferketten nachhaltiger und sozialer gestalten kann?

Ganz ehrlich: Im Moment machen das wohl wenige. Die Corona-Pandemie legt zwar offen, dass viele Unternehmen ein Werteproblem haben – das führt aber nicht unbedingt dazu, dass sie jetzt über diese Fragen diskutieren und das Problem lösen wollen. Dabei wäre ein klar auf die Zukunft ausgerichteter Wertekompass sehr wichtig, um endgültig aus der Krise zu kommen. Den müssten aber nicht nur die Unternehmen haben, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, also die Konsumenten. Wenn es die Gesellschaft nicht schafft, aus dieser Krise vernünftig zu lernen, dann hat sie einen deutlichen Warnschuss überhört.

Das Gespräch führte Michael Eitel

Zur Person

Alexander Brink ist Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Universität Bayreuth. Außerdem ist er Gründungspartner der Concern GmbH, eine auf Nachhaltigkeit und ethisches Wirtschaften spezialisierte Unternehmensberatung mit Firmensitz in Köln und Bayreuth.

Kuka will Belegschaft zusammenhalten

Augsburg – Der bayerische Roboterbauer Kuka will ohne größeren Personalabbau durch die Corona-Krise kommen. „Die Krise trifft uns hart“, sagte Vorstandschef Peter Mohren bei der Hauptversammlung des Unternehmens am Freitag. „Und um die eine oder andere harte Entscheidung, um wettbewerbsfähig zu bleiben, werden auch wir nicht herumkommen.“ Ziel müsse dabei aber sein, so wenig Personal wie möglich zu verlieren. Die Firma wolle die Krise „ohne größere personelle Einschnitte“ meistern, hatte Mohren zuvor auch im Gespräch mit der



„Unsere Mitarbeiter waren in dieser Zeit unglaublich engagiert.“

Kuka-Vorstandschef Peter Mohren über die Hochphase der Corona-Pandemie

der Roboterhersteller in die roten Zahlen gerutscht. Unterm Strich stand ein Verlust von 22 Millionen Euro nach einem Gewinn von 15 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Ende Mai waren bei Kuka am Standort Augsburg Unternehmensangaben zufolge 1423 von rund 3500 Mitarbeitern in Kurzarbeit.

Die bayerische Firma gehört mehrheitlich dem chinesischen Midea-Konzern. Dieser hatte nach dem Kauf von Kuka gemeinsam mit den Augsburgern unter anderem in einen modernen Industriepark in Südchina investiert.

Optimistisch stimme ihn, dass die Corona-Krise einen Vorteil starker Automatisierung zeige, sagte Mohren: „Manuelle Arbeitsplätze in der Industrie fielen über Nacht flach, doch vernetzt automatisierte Anlagen konnten weiterlaufen.“ Das Unternehmen habe damit die Möglichkeit, bei einem Comeback der Märkte als Gewinner dazustehen.

Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa

Wieder Passagierflüge in Leipzig/Halle

Leipzig – Am Flughafen Leipzig/Halle startet nach einer Corona-Pause der Passagierverkehr wieder. Der erste Abflug und die erste Ankunft seien für Freitagabend geplant, sagte Flughafensprecher Uwe Schuhart in Leipzig. Es handle sich um Flüge der Fluggesellschaft Wizz Air nach Kiew in die Ukraine und zurück. Der Linienflugverkehr laufe damit wieder sukzessiv an, wenn auch zunächst nur langsam. Seit dem 24. März hoben wegen der Corona-Krise keine Passagiermaschinen mehr regulär ab. Lediglich Erntehelferflüge und Rückholflüge von Urlaubern, die vorübergehend im Ausland feststeckten, wurden über den Flughafen abgewickelt. Auch der Frachtverkehr lief weiter. Der Flughafen befindet sich unweit der Landesgrenze von Sachsen und Sachsen-Anhalt. In der Regel starten von dort aus Flüge in Länder wie Ägypten, Tunesien oder Bulgarien.

Mehr als 85 Millionen Euro für Start-ups

Erfurt – Thüringen hat zusammen mit privaten Investoren im vergangenen Jahr mehr als 85 Millionen Euro in innovative Start-ups und Wachstumsunternehmen investiert. Von diesen Beteiligungen hätten 23 Unternehmen profitiert, etwa aus IT, Biotechnologie und Werkstofftechnik, teilte das Wirtschaftsministerium am Freitag in Erfurt mit.